

Geschlechterdimensionen des wirtschaftspolitischen Umbaus in der Europäischen Union

Vortrag am 15. 2. 2012 von **Dr.in Elisabeth Klatzer**: sie ist feministische Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlerin mit Schwerpunkt europäischer Wirtschaftspolitik und Gleichstellungspolitik / Gender Budgeting; früher im BKA, derzeit als Beraterin und freie Wissenschaftlerin tätig, u.a. in Projekten an der WU.

Zusammenfassung:

Die aktuelle Krise ist Auslöser für einen beschleunigten „neoliberalen“ Umbau, der durch neue Steuerungsarchitekturen auf EU-Ebene institutionalisiert wird. Strenge, einseitig auf Sparen und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete „Economic Governance“-Regeln werden entwickelt, die der – demokratisch nicht legitimierten – Finanzbürokratie große Macht in wirtschaftspolitischen Entscheidungen einräumen und den Handlungsspielraum der Staaten einschränken. Der Zwang zum Sparen legitimiert Maßnahmen einer konservativen Wirtschaftspolitik, die Frauen in besonderer Weise treffen. Zusammenfassen lassen sich die Entwicklungen als maskuline Steuerungsmechanismen mit feminisierter Kostenabwälzung.

Mehr zum Thema:

Die Wirtschaftskrise und Finanzkrise wurde zu einer Staatsschuldenkrise uminterpretiert. Dabei hatte es bereits vor der Krise einen restriktiven Budgetkurs gegeben, der Schuldenstand reduzierte sich im Zeitraum von 1999 bis 2007 und explodierte dann erst durch die Schuldenkrise. Die typische Aussage „wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ ist daher nicht haltbar.

Auf die Krise reagiert wird nun mit Symptombekämpfung in Bezug auf die Staatsschulden, die eigentlichen Ursachen bleiben unbehandelt. Zu diesen zählen die liberalisierten Finanzmärkte, die Verteilungsschieflage und das riesige Finanzvermögen – weltweit entspricht das Vermögen mittlerweile bereits dem 3-fachen Wert des BIP – für das laufend neue Spekulationsmöglichkeiten gesucht werden; so auch mit Staatsanleihen.

Die Maßnahmen in der EU fokussieren einseitig auf Defizit- und Schuldenabbau, Abbau der öffentlichen Leistungen (Staatsabbau) und Lohnkürzungen. Neue Mechanismen für wirtschaftspolitische Steuerung werden geschaffen, mit denen die einseitige Wirtschaftspolitik dauerhaft festgeschrieben werden soll. 2011 wurde der sogenannte „six pack“ der Economic Governance verabschiedet, ein Paket mit 6 Rechtsakten mit verschärften und automatisierten Maßnahmen und Prozessen (verschärfte Regeln für den Defizit- und Schuldenabbau im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, ein neuer Prozess der makroökonomischen Überwachung, Fiskalpakt etc.).

Die 10-jährige wirtschaftspolitische Strategie „EU 2020“, die 2010 beschlossen wurde enthält noch Ziele wie Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung. Mittlerweile sind diese Ziele aber in den Hintergrund gerückt und der Fokus liegt rein auf Schulden und makroökonomischer Überwachung. Mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden die Schulden- und Defizitregeln verschärft, die Sanktionen bei Nichteinhaltung der verordneten Wirtschaftspolitik können in der Eurozone bis zu 0,5% des BIP ausmachen.

Mit dem Euro Plus Pakt (Wettbewerbsfähigkeitspakt), von Deutschland und Frankreich propagiert, wird der Fokus stark auf Lohnzurückhaltung und Schwächung kollektiver Lohnverhandlungen und Einschnitte in Sozialversicherungssysteme gelegt. Die politischen Prioritäten sind stark von konservativen Parteien geprägt. Es gibt eine Rekordjugendarbeitslosigkeit in Europa, aber entsprechende Maßnahmen fehlen. Beim Beschäftigungsgipfel Ende Jänner 2012 wurde beispielsweise als einer der Schwerpunkte die Forcierung von Trainee-Programmen festgelegt – doch dies verstärkt primär den Trend der „Praktikumsgeneration“ mit sehr niedrigen Einstiegsgehältern und verstärkt den Lohndruck.

Im Rahmen der makroökonomischen Überwachung wurde ein Set von Indikatoren („score board“) definiert, das bei Überschreiten von Grenzwerten automatisch eine vertiefte Prüfung und Überwachung auslöst, die zu Sanktionen führen können. Allerdings sind die Festlegung und Berechnungsmethoden für die Indikatoren (z.B. Lohnentwicklung, Exporte, Schuldenstand, Zahlungsbilanz Arbeitslosigkeit, etc.) problematisch und spiegeln nicht die realen Probleme wieder. So wird beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit, ein Thema, das erst durch Druck des Europäischen Parlaments überhaupt aufgenommen wurde, der Referenzwert im dreijährigen Durchschnitt ermittelt, was bedeutet, dass Anstiege in der Arbeitslosigkeit erst verzögert als makroökonomisch es Problem wahrgenommen werden. Der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der einzelnen Staaten wird durch das makroökonomische Überwachungsverfahren massiv eingeschränkt. Abweichungen werden mit finanziellen Sanktionen bedroht.

Weiter eingeschränkt wird der Handlungsspielraum durch den (geplanten) Fiskalpakt, mit dem sich die Staaten verpflichten, eine Schuldenbremse im Verfassungsrang (oder äquivalent) einzuführen und automatische Mechanismen für Korrekturen zu akzeptieren.

Problematisch an diesen neuen Regeln ist auch, dass sie in wenig demokratischen Prozessen ausgehandelt wurden. Vieles wurde lange geheim gehalten und durch künstlich erzeugten Zeitdruck gab es weder ausreichend Zeit für das Europarlament zur Prüfung noch für eine Debatte in Öffentlichkeit und Medien. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden zunehmend von den Parlamenten in die „Finanzbürokratie“ (der Europäischen Kommission und der Finanzministerien) verlagert.

Mit dem Zwang zum Sparen wird eine stärkere Wirtschafts- und Beschäftigungskrise in Kauf genommen und letztlich die konservative Wirtschaftspolitik verrechtlicht. Dies kann als „stille Revolution“ für einen „disziplinären Neoliberalismus“ bezeichnet werden. Wenn z.B. in Griechenland die Mindestlöhne massiv gekürzt werden, reduziert dies weder die Staatsschulden noch kann es die Wirtschaft ankurbeln – es ist also eine ideologisch motivierte Maßnahme. Der europäische Krisenkonstitutionalismus bedeutet eine neue Form der Regelgebundenheit auf hohem Niveau. Zugleich wird das Demokratiedefizit verstärkt, weil das Europäische Parlament an Mitbestimmungsmöglichkeiten verliert.

Die Umbaumaßnahmen der Economic Governance „haben ein Geschlecht“. Viele der Maßnahmen treffen Frauen in verstärktem Ausmaß, ein „gender bias“ ist bei Steuerungsmechanismen, bei den wirtschaftspolitischen Zielen und Regeln, durch die Veränderung von Staatlichkeit und durch die Sparpakete festzustellen:

Eine zentrale Rolle bei den Steuerungsmechanismen nehmen die Europäische Kommission sowie ECOFIN ein. Jene Institutionen, die an Macht gewinnen, sind männlich dominiert und stark durch maskuline Normen und Traditionen geprägt; Institutionen mit höherem Frauenanteil (wie das Europäische Parlament) verlieren an Macht. An Macht gewinnt die Troika (Europäische Zentralbank, Europäische Kommission, Internationaler

Währungsfonds); und demnächst wird durch den Europäischen Stabilisierungsmechanismus und den permanenten Rettungsschirm eine neue machtvolle Institution entstehen, die Gelder an Staaten in finanziellen Schwierigkeiten vergibt und Auflagen stellt, jedoch selbst weder demokratisch legitimiert ist noch einem regulären Kontrollmechanismus unterworfen ist. Die Prozesse der Finanzbürokratie werden intransparenter, es entstehen neue Regeln und Automatismen; die Macht der Finanzmärkte wird jedoch nicht eingedämmt.

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Regeln streben vor allem ausgeglichene Haushalte und niedrige Staatsdefizite an und die EZB ist einzig der Geldwertstabilität verpflichtet, breitere Ziele wie Beschäftigung oder gerechtere Verteilung werden kaum verfolgt. Diese Regeln haben jedoch eine Reihe von impliziten Schief lagen. Die Politiken sind nach wie vor implizit am männlichen Ernährer-/weiblichen Zuverdienermodell ausgerichtet; Risiken werden zunehmend individualisiert (z.B. Pensionsvorsorge, Arbeitsmarkt), und Frauen haben eine bedeutende Stabilisierungsfunktion, wenn der Staat Leistungen kürzt. Auch die gegenwärtigen Veränderungen von Staatlichkeit betreffen Frauen in besonderem Maß: Durch Kürzungen bei öffentlicher Beschäftigung gehen relativ gute Jobs für Frauen verloren, der Abbau öffentlicher Leistung und die Entwicklung vom Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat bewirkt eine Re-Maskulinisierung gesellschaftlicher Verhältnisse.

Aus der Diskussion:

Der reine Fokus auf Sparen kann volkswirtschaftlich nachteilige Effekte bewirken, Staatsdefizite können positiv sein, wenn damit sinnvolle öffentliche Leistungen finanziert werden, Staatsausgaben lösen Folgewirkungen („Multiplikatoren“) aus, die Beschäftigung und Wirtschaftswachstum bringen. Strikte Regelgebundenheit wie durch eine Schuldenbremse und Abhängigkeit wirtschaftspolitischer Bewertungen von einem engen Set an Indikatoren können daher negative Folgen haben.

Alternative Maßnahmen zur gegenwärtigen Entwicklungen wären z.B. die vollständige Entkopplung der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten. Würde die Europäische Zentralbank die Staaten direkt finanzieren, wären keine Staatsanleihen am Markt und der Spekulation Einhalt geboten. In den USA und GB gibt es trotz hoher Staatsverschuldung viel weniger Spekulation auf die Staatsfinanzen, da sie durch Zentralbanken stabilisiert werden können.

Steuerkoordinierung zwischen den europäischen Staaten würde den Steuerwettbewerb nach unten im Bereich der Besteuerung von Unternehmen unterbinden und höhere Staatseinnahmen bedeuten. Derzeit wird nur die Harmonisierung der Berechnungsgrundlagen diskutiert – dies vereinfacht jedoch lediglich den Vergleich für Unternehmen und verstärkt damit den Wettbewerb.

Weitere sinnvolle Maßnahmen wären die Finanztransaktionssteuer, Maßnahmen zur Eindämmung der wachsenden (Einkommens-)Ungleichheiten, adäquate Lohnregeln, eine europäische Arbeitslosenversicherung und ein Finanzausgleich in der EU.

Die Einführung einer einheitlichen Geldpolitik ohne gemeinsame Lohn- und Steuerpolitik in der Währungsunion musste zu Spannungen führen. Obwohl dies von kritischen ÖkonomInnen vorausgesagt wurde, dringt diese Diskussion kaum an die Öffentlichkeit.

Auch die aktuelle Ausbildung in Ökonomie an den Universitäten entspricht dem herrschenden Wirtschaftssystem. So wird etwa kaum Wirtschaftsgeschichte gelehrt, alternative Modelle werden nicht behandelt.

Von den neoliberalen „Zockern“ wird viel Geld mit Methoden verdient, die eigentlich nicht einem konservativen Wertekodex entsprechen. Es entwickelt sich eine neue Form des Feudalismus mit sehr großem Reichtum Einzelner und Gefahr für die Demokratie.

Literatur:

Elisabeth Klatzer, Christa Schlager: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. Kurswechsel Heft 1/2011, <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Kurswechsel-1-2011-Klatzer-Schlager.pdf>

<http://www.beigewum.at/kurswechsel/jahresprogramm-2011/heft-12011-zukunftsaussichten/>

Protokoll: Barbara Streicher